

Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement – Perspektiven für die politische Bildung

I. Wertewandel – Zur Relevanz von Erklärungsansätzen für die politische Bildung

Überall in der westlichen Welt gab es in den letzten Jahrzehnten einen Wertewandel, der zu enormen qualitativen und normativen Verwerfungen führte. Traditionelle normative Orientierungen, Einstellungen und Verhaltensmuster verloren an Bedeutung, es fanden Gewichtsverlagerungen und Neuakzentuierungen statt.

Vom Wertewandel sind nicht zuletzt auch nachhaltige Wirkungen auf die demokratische Kultur ausgegangen, da er die innere Wertausstattung der Individuen, deren soziale und politische Einstellungs- und Verhaltensmuster insgesamt verändert hat. Diesen Zusammenhängen soll in den folgenden Ausführungen am Beispiel des aktuell im Blickpunkt der öffentlichen Diskussion stehenden bürgerschaftlichen Engagements nachgegangen werden¹. Zu dieser Thematik gibt es in jüngster Zeit eine Flut an Publikationen, die vor allem auch die Jugendlichen als Trendsetter in den Blick nehmen. Ergänzt werden diese in der Regel breiter angelegten Untersuchungen durch neuere repräsentative Jugendstudien. Als dritte Orientie-

rungsquelle für die politische Bildung² ist schließlich die empirische Werteforschung von zentraler Bedeutung, wobei die Option für einen bestimmten Erklärungsansatz allerdings auch Auswirkungen auf die bewertende Wahrnehmung des Wertewandels selbst hat. Insgesamt konkurrieren auf diesem Feld drei sich widerstreitende Erklärungsansätze:

– Die *Postmaterialismustheorie* von Ronald Inglehart, die einen Wertewandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten unterstellt, wobei dieser Wandel in optimistischer Weise als linearer Fortschritt zu einem qualitativ höheren kulturellen und politischen Entwicklungsniveau interpretiert wird³. Die pädagogisch-politische Botschaft Ingleharts lautet: Der Wertewandel sorgt auf der Basis hoher individueller Mobilisierung für hohe Engagementbereitschaft und bringt so den Durchbruch in Richtung umfassend partizipativer und freiheitlicher Ziele. Im Zuge emanzipatorischer Werteentwicklungen können dann in der postmaterialistischen Gesellschaft die traditionellen Sekundärtugenden weithin obsolet werden. Diesem Ansatz werden in der sozialwissenschaftlichen Forschung jedoch logische Unstimmigkeit, bipolare Vereinfachung, evolutionistischer Voluntarismus sowie Mängel bei den Messinstrumenten vorgehalten. Angesichts dieser zahlreichen Schwachstellen soll auf ihn an dieser Stelle nicht weiter rekurriert werden.

– In schroffem Gegensatz zu Inglehart vertritt *Elisabeth Noelle-Neumann* die *kulturpessimistische These* von einem seit 1968 kontinuierlich voranschreitenden Werteverfall⁴. Dessen Symptome werden von ihr im Wesentlichen an folgenden Tendenzen festgemacht: Bindungsverluste an Gemeinschaften, an Religion und Kirche; allgemeine Infragestellung von Autoritäten und Hierarchien; Erosion der Sekundärtugenden sowie der

1 Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements ist trotz seines häufigen Gebrauchs und seiner Popularität semantisch keineswegs klar bestimmt. Er wird in der öffentlichen Diskussion als relativ umfassender Oberbegriff im Rahmen mehrerer Diskurse verwendet. Konkret umfasst er alle Formen unentgeltlicher Tätigkeit in Form des Ehrenamtes und der Freiwilligenarbeit bzw. ein breites Spektrum sonstiger direktdemokratischer Bürgeraktivitäten, somit Tätigkeiten, die in einem intermediären Bereich jenseits der individuellen Privatsphäre und des im engeren Sinne staatlichen Entscheidungs- und Verwaltungshandelns angesiedelt sind. Zum Definitionsproblem und zum aktuellen Stand der Diskussion vgl. Roland Roth, Bürgerschaftliches Engagement – Formen, Bedingungen, Perspektiven, in: Annette Zimmer/Stefan Nährlich (Hrsg.), *Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven*, Opladen 2000, S. 25–48. Eine kommentierte Literaturübersicht bieten Daniela Credel/Stefan Nährlich/Katrin Wiedenhöft/Anette Zimmer unter der Überschrift „Bürgerengagement im Vormarsch“, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 13 (2000), 2, S. 126–131. *Anmerkung der Redaktion*: Siehe hierzu auch die Ausgabe zum „Bürgerschaftlichen Engagement“ B 25–26/2001 dieser Zeitschrift.

2 Die Debatte um die Werte wurde neuerdings auch in der politischen Bildung wieder intensiviert. Vgl. hierzu den umfassenden Sammelband von Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hrsg.), *Werte in der politischen Bildung*, Bonn 2000.

3 Vgl. Ronald Inglehart, *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt/M. 1995.

4 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, *Politik und Wertewandel*, in: *Geschichte und Gegenwart*, 1 (1985), S. 3–15. *Anmerkung der Redaktion*: Siehe auch den Beitrag der Autorin in diesem Heft.

bürgerlichen Arbeits- und Leistungsethik; individuelle Anspruchsinflation, abnehmender Gemeinsinn und sinkende Bereitschaft zum politischen Engagement. Auch hier liegt die pädagogisch-politische Botschaft auf der Hand: Renaissance von Leistungs-, Pflicht- Ordnungs- und Kollektivwerten durch eine Werteerziehung, die dem behaupteten Trend zur Spaß- und Freizeitgesellschaft Paroli zu bieten und über die wiederbelebten Sekundärtugenden die nachlassende Engagementbereitschaft wieder zu stärken vermag.

– Schließlich ist der von *Helmut Klages* begründete Ansatz zu nennen, der eher einen *mittleren Weg* beschreitet. Er konstatiert einen generellen Megatrend in Form einer Gewichtsverlagerung von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Selbstentfaltungswerten, wobei er die Existenz unterschiedlicher Wertdimensionen und Wertkombinationen wie auch die Möglichkeit konstruktiver und destruktiver Wertesynthesen unterstreicht. Gegenüber Inglehart überzeugt sein Ansatz durch eine breit ausdifferenzierte Zweidimensionalität, die auch komplexe Wertemischungen in Form konkreter Wertetypen erfasst.⁵ Von Noelle-Neumann trennt ihn dagegen die Ablehnung des Theorems vom Wertewandel als generellem Werteverfall. Vielmehr betont Klages vor allem die Ambivalenz des Wertewandels, der neben Risiken auch Chancen, neben Verlusten auch Gewinne beinhaltet. Seine Darstellung des Wertewandels mündet in die Feststellung, dass ein Wandel von einem nomozentrischen zu einem autozentrischen Selbst- und Weltverständnis stattgefunden hat, in dem das originäre Selbst, die eigenen Lebensinteressen zur Leitinstanz des Denkens und Fühlens aufgerückt sind. Dies heißt aber nicht, dass die Übernahme von Pflichten und Verantwortung, die Akzeptanz vorgegebener Zielsetzungen, die Hinnahme-, Bindungs-, und Folgebereitschaft in großem Stil nun verweigert wird. Neu ist, dass dies nun alles weit stärker in Abhängigkeit von individual-personalen Voraussetzungen gewährt wird, wobei das Bedürfnis, Subjekt des eigenen Handelns zu sein, einen deutlich gewachsenen Stellenwert gewonnen hat. Die persönliche Motivation, selbst gewonnene Einsichten und Überzeugungen, ein verstärktes Bedürfnis nach persönlicher Autonomie und Mitbestimmung, nach Unabhängigkeit und nach einem größeren eigenen Handlungsspielraum,

⁵ In unserer sich zunehmend in heterogene kulturelle Lebensstile ausdifferenzierenden Gesellschaft haben sich in der Bevölkerung fünf unterschiedliche Wertetypen herauskristallisiert, von denen einer der Aktive Realist ist. Zu den Wertetypen vgl. die Ausführungen von Helmut Klages in diesem Heft. Vgl. auch Helmut Klages, *Wertedynamik. Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen*, Zürich 1988, S. 112 ff.; ders., *Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandlungsgesellschaft*, Frankfurt/M. 1993.

werden nun im Hinblick auf Leistung, Normbefolgung oder die Übernahme von Rollenpflichten ausschlaggebend. Entsprechend ist eine Pädagogik des Sowohl-als-auch angezeigt, die in Relation zu den bedeutungsschwächer gewordenen Sekundärtugenden dem Erziehungsziel „personale Autonomie“ einen wachsenden Stellenwert zuerkennt.

II. Öffentlicher Wertediskurs und Lebenswelt

In der aktuellen Wertedebatte ist in der deutschen Öffentlichkeit ein kulturpessimistisches Grundparadigma vorherrschend, das den Wertewandel mit einer ganzen Palette von Krisenphänomenen in Verbindung bringt. Einschätzungen dieser Art werden seit längerem von einem Großteil der Eliten geradezu als Gewissheiten verbreitet. Dazu gehört, dass man den Wertewandel verantwortlich macht für inflationäres Anspruchsdenken, für Tendenzen zur Ego- und Ellenbogengesellschaft, eine einseitige Freizeit- und Spaßorientierung, einen Verlust moralischer Standards, ausufernden Individualismus und Privatismus wie auch für eine allgemeine Erosion des Gemeinsinns. Charakteristisch für eine solche Einschätzung des Wertewandels als Werteverfall, die auch nicht mehr zwischen rechts und links differenziert, war die letzte Ausgabe des SPIEGEL des Jahres 1999, wo unter der plakativen Überschrift „Tanz um das goldene Kalb“ ohne Umschweife rundum eine vernichtende Bilanz der privaten und öffentlichen Moral gezogen wurde.⁶

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Klagelieder über eine angeblich Wert-lose Gesellschaft vor allem in Richtung der Jugend angestimmt werden. Von ihr ist die Rede als einer Generation bindungsloser „Ichlinge“, die auf Leistungs- und Verantwortungsvermeidung bedacht, alle Vorteile der Multioptionengesellschaft nutzend, sozusagen im Wellness-Schongang durch die konsumtiv geprägte Dienstleistungswelt surft, bar jeglichen Interesses für die öffentlichen Angelegenheiten, erst recht ohne Bereitschaft, sich über den eigenen privatisti-

⁶ Vgl. Carolin Emcke/Ulrich Schwarz, *Tanz um das goldene Kalb*, in: *Der Spiegel*, Nr. 51 vom 20. 12. 1999, S. 50–66. Am Ende des Jahrtausends, so lautete das Fazit, stecke die Gesellschaft in einer tiefen ethischen Krise; der Konsens darüber, was gut und was böse sei, schwinde; es mache sich moralische Orientierungslosigkeit breit, die Solidarität der Gesellschaft falle auseinander, in der skandalgeschüttelten Politik spiele das Gemeinwohl kaum eine Rolle; und am greifbarsten sei die Entwicklung zu einer Wert-losen Gesellschaft in der Wirtschaft, in der der Konsens, dass der Mensch, seine Würde und sein Wohlergehen das Maß aller Dinge sein sollten, am nachhaltigsten geschwunden sei.

sehen Interessenhorizont hinaus im Sinne des Gemeinwohls nachhaltig zu engagieren.

Um nicht vorschnell irgendwelchen Vorurteilen aufzusitzen, sollte man deshalb auf neueste repräsentative Untersuchungen zur Jugend- und Werteproblematik zurückgreifen⁷. Sie sind in vielen Punkten zu analogen Erkenntnissen gelangt, wobei die Botschaft komplex ist, jedoch keineswegs Stoff liefert für ein kulturpessimistisches Krisenszenario. In einer grob bilanzierenden Gesamtübersicht kann zunächst bestätigt werden, dass der oben beschriebene Megatrend in Richtung auf individualistische Selbstentfaltungswerte sich erwartungsgemäß vor allem bei den Jüngeren manifestiert. Allerdings bieten die Daten für die oft behauptete Erosion der Pflicht- und Akzeptanzwerte keinerlei Grundlage. Der Unterschied zu den Älteren scheint vielmehr darin zu liegen, dass bei diesen die Pflicht- und Akzeptanzwerte nach wie vor dominieren, während bei den Jüngeren individualistische Selbstentfaltungswerte vergleichsweise stärker ausgeprägt sind, so dass beide Wertegruppen hier eine etwa gleich hohe Bedeutsamkeit erreichen⁸. Die einzelnen Studien bestätigen die Feststellung der 13. Shell-Studie, dass nicht nur die Wertschätzung der Familie als Ort verlässlicher Partnerschaft, sondern auch Leistungs- und Lernbereitschaft in der Ausbildung, wie auch Einsatzbereitschaft im Berufs- und Arbeitsleben nach wie vor unter Jüngeren in signifikanter Weise mehrheitliche Orientierungsmuster darstellen⁹. Auch fehlt es nicht, wie oft unterstellt, an moralischer bzw. ethischer Substanz. Zwar zeigen alle neueren Untersuchungen, dass unter den Jüngeren hedonistisch-materialistische Wertorientierungen deutlich stärker ausgeprägt sind als in

der Erwachsenengeneration. Aber dessen ungeachtet erreichen auch soziale Werte wie Glaubwürdigkeit, Toleranz, Respekt vor der Individualität des Anderen, Menschlichkeit oder Solidarität unter jungen Menschen z. T. höhere Ausprägungen als bei älteren. Gerhard Schmidtchen spricht in seiner jüngsten repräsentativen Studie über die moralisch-ethischen Dispositionen der 15- bis 30-Jährigen sogar von einer „moralischen Generation“, die es ernst meint mit der Suche nach Lebenssinn und persönlicher Identität¹⁰. Was ihn am meisten beeindruckt, „ist die Moralsehnsucht junger Menschen, die Lauterkeit des Strebens nach persönlicher Ehrlichkeit, der durchgängige Wunsch, in der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit den Sinn des Lebens zu finden“. Im Streben nach Ehrlichkeit setzt man primär auf das Vermögen der eigenen Person, wehrt sich, kraft eigener Selbständigkeit und Autonomie, gegen die ungeprüfte Übernahme von Normen, gegen Unterordnung unter Institutionen, sofern deren Vorgaben nicht einleuchten oder irgendwie ungläubwürdig wirken. Dies bedeutet aber auch, wie es in einer anderen Jugendstudie aus dem Jahre 1996 heißt, dass z. B. das „Deutungsschema“ der christlichen Kirchen „dem Einzelnen nicht mehr ausreicht, weil seine Begriffe unklar sind, die Anpassung an die Lebenssituation der Menschen in der fortgeschrittenen modernen Gesellschaft nicht gelungen ist, und der Einzelne daher den Bedarf nach einer Sättigung und Ergänzung durch andere Formen der Weltanschauung hat“¹¹.

Der Hinweis auf den mental-kulturellen Anpassungsdruck, der von einer sich kontinuierlich modernisierenden Gesellschaft auf die individuelle Lebenssituation ausgeht, enthält vielmehr den Schlüssel zum Verständnis sowohl der Genese wie auch der Unumkehrbarkeit des Wertewandels. Lebensbewältigung kann unter den Bedingungen von Informatisierung und Globalisierung weder auf der öffentlichen noch auf der einzelbiografischen Ebene mit den traditionellen Wertemustern gelingen. Nicht von ungefähr wird heute mit Blick auf künftige Herausforderungen allenthalben eine neue Kultur der Selbständigkeit eingefordert. Schon ein flüchtiger Blick auf die immer komplexere Erwerbs- und Berufswelt macht ja die gewandelten Anforderungsprofile deutlich. Bei wachsender Standortkonkurrenz sind heute statt hierarchiefixierten Anweisungsempfängern eigenverantwortliche, in ihrem Denken und Handeln die eigenen Selbständigkeits-, Mitgestaltungs- und Kreativitätspotenziale optimal ausschöpfende Mitarbeiter gefragt. Entsprechende Erwartungen sind

7 Vgl. Gerhard Schmidtchen, *Wie weit ist der Weg nach Deutschland? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt*, Opladen 1997; Rainer K. Silbereisen/Laszlo A. Vascovics/Jürgen Zinnecker (Hrsg.), *Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996*, Opladen 1997; Helmut Klages/Thomas Gensicke, *Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, Speyer 1999; Arthur Fischer/Yvonne Fritzsche/Werner Fuchs-Heinritz/Richard Münchmeyer, *Jugend 2000, 13. Shell-Studie*, Opladen 2000; Martina Gille/Winfrid Krüger (Hrsg.), *Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16–29-Jährigen im vereinigten Deutschland*, DHI-Jugendsurvey 2, Opladen 2000; Sybille Picot, *Jugend und freiwilliges Engagement*, in: dies., *Frauen und Männer. Jugend, Senioren und Sport. Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland*, Band 3, Stuttgart u. a. 2000, S. 111–207.

8 Vgl. Thomas Gensicke, *Wertewandel und Erziehungsleitbilder*, in: *Pädagogik*, (1994) 7–8, S. 25; ders., *Wertewandel an der Schwelle zum 3. Jahrtausend – Trends und Perspektiven*, in: Norbert Seivert/Helmut J. Serve/Roswitha Terlinden (Hrsg.), *Problemfelder der Schulpädagogik*, Bad Heilbrunn 2000, S. 30 ff.

9 Vgl. A. Fischer u. a. (Anm. 7), S. 114 f.

10 G. Schmidtchen (Anm. 7), S. 364.

11 R. K. Silbereisen u. a. (Anm. 7), S. 123.

heute in Verwaltung und Wirtschaft in allen hoch zivilisierten Ländern integraler Bestandteil innerer Organisationsentwicklung wie auch entsprechender Leitbilder. Auch beschränkt sich der Ruf nach mehr Autonomie heute nicht mehr nur auf die Hochschulen, sondern hat längst auch auf die Schulen durchgeschlagen, denen mehr Eigenverantwortung und Selbständigkeit wie auch die Entwicklung eines auf das lebensweltliche Umfeld zugeschnittenen Schulprogramms und Schulprofils zugemutet wird¹². Analog haben sich auch Erziehungsstile und Erziehungsziele in Schule und Familie längst in Richtung der neuen Selbständigkeitsideale gewandelt. Als pädagogische Schlüsselqualifikationen haben sie in den einschlägigen Bildungsplänen den alten Sekundärtugenden längst den Rang abgelaufen. Verstärkt wird dieser auf die Eigenkräfte des Individuums setzende Trend auch durch generelle lebenszyklische Veränderungen, die bewirken, dass auch der gesamte private Lebensbereich heute von Unsicherheiten und Brüchen geprägt ist, die zeitweilige Arbeitslosigkeit oder berufliche Neuorientierung bedeuten. „Anstelle der alten Königswege in die Erwachsenenwelt zeichnen sich heute vielfach individuelle Trampelfade ab“¹³, die den Jugendlichen als „Kindern der Freiheit“ (Ulrich Beck) ein hohes Maß an selbstgesteuerter Flexibilität und Mobilität in der persönlichen Orientierung und Lebensplanung abverlangen.

Die Verknüpfung von Ausbildung, Beruf, Familie und Freizeit gerät so zur Aufgabe eines situationsadäquaten Selbstmanagements der persönlichen Biografie, die sich nicht mehr auf allgemeinverbindliche Orientierungen oder lineare Karrieremuster verlassen kann¹⁴. Wo die alten, kollektiven Sicherheiten nicht mehr existieren, benötigt man einen flexiblen Wertehaushalt, der in lebenszyklischer Anpassung die neuen Tugenden der Eigenverantwortung und Selbständigkeit mit den nach wie vor erforderlichen Sekundärtugenden der Leistungs-, Arbeits- und Anpassungsbereitschaft in Eigenregie auf der intrapersonalen Ebene optimal zu kombinieren vermag. Diese innere Orientierungsleistung stellt in einem risikobehafteten Lebensumfeld, dessen gesellschaftliche und kulturelle Rahmenbedingungen sich permanent und geradezu rasant verändern, eine zunehmend kom-

plizierte und anspruchsvolle Herausforderung für die individuelle Lebensgestaltung dar.

III. Wertewandel – Erosion oder Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements?

In der öffentlichen Wertewandel-Rhetorik ist häufig die Auffassung zu hören, die Bedeutungsabnahme der Pflicht- und Akzeptanzwerte zugunsten der Selbstentfaltungswerte wirke sich auf die demokratische Kultur kontraproduktiv aus¹⁵. Der damit verbundene Schwund an Selbst-Losigkeit, Altruismus oder traditioneller Pflichtethik führe zwangsläufig zu einer Verstärkung privatistischer Tendenzen, zum Rückzug aus Gemeinschaftsbindung und damit zur Erosion des Gemeinns. Vor allem bei jungen Menschen sei die Bereitschaft, sich dienend in ein Kollektiv einzufügen und sich dessen inhaltlichen oder strukturellen Vorgaben unterzuordnen, in schleichender Auflösung begriffen. Verstärkt würde diese Tendenz zudem durch die alltagsbiografischen Veränderungen, die die Jüngeren zwingen, sich in ihren „Patchwork-Lebensläufen“ verstärkt um die Sicherung der eigenen Berufs- und Lebensperspektiven, damit aber auch verstärkt um die Verfolgung der eigenen Interessen zu kümmern. Handfeste Daten und Indikatoren, denen ein pauschaler Interpretationsgehalt unterstellt wird, scheinen dies ja auch zweifelsfrei zu belegen. Beispielhaft seien genannt: das mäßige und zudem rückläufige politische Interesse bei Jugendlichen; der kontinuierliche Rückgang bei der Wahlbeteiligung auf allen Ebenen; die geradezu dramatischen Nachwuchsprobleme der politischen Parteien; die nachlassende Organisationsbereitschaft in Verbänden und Kirchen und die damit verbundene „Krise des traditionellen Ehrenamtes“; somit insgesamt eine wachsende Abstinenz gegenüber den öffentlichen Angelegenheiten, eine Tendenz zu einer zunehmend konsumtiv geprägten Wohlfühlpartizipation, die von Betroffenheit geleitetes, erlebnisgeprägtes wie auch anstrengungsarmes Engagement im Schongang bevorzugt.

Sollte diese Gesamteinschätzung so zutreffen, wäre dies in der Tat alarmierend. Zunächst aus demokratietheoretischer Sicht, die bürgerschaftliches Engagement als entscheidendes Lebenselixier und Gütesiegel einer von Citoyens getragenen demo-

12 Vgl. Gerd Hepp, Der Einfluss des Wertewandels auf schulpolitische Innovationen, in: Zeitschrift für internationale erziehungs- und sozialwissenschaftliche Forschung, 13 (1996) 2, S. 247–263; ders./Herbert Schneider (Hrsg.), Schule in der Bürgergesellschaft, Schwalbach 1999.

13 Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden-Württemberg (Hrsg.), Solidarität und Selbstverantwortung. Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft, Stuttgart 2000, S. 82.

14 Vgl. A. Fischer u. a. (Anm. 7), S. 155 f.

15 Vgl. Gerd F. Hepp, Wertewandel. Politikwissenschaftliche Grundfragen, München – Wien 1994, S. 106 ff.; ders., Wertewandel und Bürgergesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/96, S. 5 ff.

kratischen Kultur erachtet. Hinzu kommen aber auch neuere Problemlagen moderner Gesellschaften, die in den aktuellen Diskussionen um die Leistungsgrenzen des Sozialstaates, den Übergang von der Erwerbsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft und die wachsende Bedeutung der Gesellschaft als eines Dritten Sektors neben Staat und Markt ihren Niederschlag finden. Sie münden allesamt in die Forderung, es sei im Interesse der Zukunftssicherung dringend geboten, die in der Gesellschaft brachliegenden Ressourcen an Sozialkapital noch stärker auszuschöpfen. Nur so könne es gelingen, dem Zukunftsmodell Bürgergesellschaft, das auf Eigeninitiative und Eigenverantwortung, Selbstständigkeit und Mitgestaltungsbereitschaft baut, die dringend benötigten Vitalkräfte zuzuführen. Auch in der Politik hat sich diese Einschätzung zunehmend durchgesetzt, wie die lebhafteste öffentliche Diskussion um Ehrenamt und Freiwilligenarbeit zeigt. Hier wird mitunter bereits von einem neuen Politikfeld gesprochen, dessen strategische Zukunftsbedeutung mit dem ehemals entdeckten Umweltgedanken verglichen wird.

Die Frage nach der Chancenträchtigkeit dieser Strategien lässt sich wiederum nur an Hand der neuesten Ergebnisse der empirischen Sozialforschung beantworten. Hier kann vor allem auf den Freiwilligenurvey 1999 zurückgegriffen werden. Er widerlegt mit Nachdruck die gängig verbreiteten Vorurteile¹⁶. Danach sind in Deutschland (West und Ost) gegenwärtig insgesamt immerhin 34 Prozent der Bundesbürger in den verschiedensten gesellschaftlichen Feldern im sozialen, kulturellen und politischen Bereich in irgendeiner Form (im Durchschnitt fünf Stunden pro Woche) ehrenamtlich, d. h. unbezahlt oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung, aktiv tätig¹⁷. Besonders aufschlussreich ist jedoch, dass die Jüngeren im Alter von 14 bis 24 Jahren eine besonders aktiv engagierte Altersgruppe in der Gesellschaft sind und mit 37 Prozent sogar noch über dem Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung liegen¹⁸. Andere Studien widerlegen zudem ebenso eindeutig die hartnäckige Behauptung vom dauerhaften Negativtrend. So hatte z. B. die Zukunftskommission für Sachsen und Bayern für die westdeutsche Bevölkerung zwischen 1985 und 1994 immerhin eine Zunahme des ehrenamtlichen Engagements von insgesamt fünf Prozent ermittelt¹⁹.

16 Vgl. die Literaturhinweise in Anm. 7.

17 Vgl. Bernhard von Rosenblatt, Der Freiwilligenurvey 1999. Konzeption und Ergebnisse der Untersuchung, in: ders. (Hrsg.), Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Gesamtbericht, Band 1, Stuttgart u. a. 2000, S. 44.

18 Vgl. S. Picot (Anm. 7), S. 127.

19 Vgl. Rolf Heinze/Heiner Keupp, Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten ausserhalb der Erwerbsarbeit. Gut-

Angesichts dieser positiven Befunde hat die Vermutung, dass der Wertewandel nicht Bremser, sondern Motor des bürgerschaftlichen Engagements ist, einiges für sich. Der Speyerer Wertesurvey von 1997 hat vielmehr nachgewiesen, dass das freiwillige, unbezahlte Engagement „von den im Vormarsch befindlichen Selbstentfaltungswerten nicht etwa unterminiert und eingeschränkt, sondern vielmehr umgekehrt kräftig unterstützt und mitgetragen wird“²⁰. Auch der neue Freiwilligenurvey bestätigt durchweg diese Sichtweise. Offenkundig scheint es also so zu sein, dass der Wertewandel eine Tendenz zu mehr Eigeninitiative, Eigen-Sinn und Selbstsorge freigesetzt hat, dass jedoch die „neuen Werte“ die traditionellen Tugenden des Sicheinfügens, des Helfens und des Dienstes für die Gemeinschaft keineswegs verdrängt haben. Vielmehr scheinen sich beide Wertmuster gegenseitig zugunsten des bürgerschaftlichen Engagements fördernd zu ergänzen und zu stützen. Dies vermag auch die quantitativ bedeutsamen Zuwächse bei bestimmten Vereinen, Selbsthilfegruppen, Freiwilligenagenturen, Tauschringen und vor allem von freiwilligem Engagement im lebensweltlichen Alltagsbereich zu erklären. In der Gesamtbilanz werden dadurch die Einbußen, die beim traditionellen Ehrenamt in Kirchen, Verbänden, Gewerkschaften, Parteien – wenn auch keineswegs in dramatischem Ausmaß – zu verzeichnen sind, mehr als nur kompensiert.

Im Übrigen liefern Untersuchungen zur Engagementmotivation zusätzliche Erklärungen. Sie zeigen, dass im Zuge des Wertewandels selbstentfaltungsbezogene Motive wie z. B. „Spaß haben“, „Eigene Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeiten haben“, „Eigene Kenntnisse und Erfahrungen erweitern“, „Mit sympathischen Menschen zusammenkommen“, an Bedeutung gewonnen haben²¹. Besonders aufschlussreich ist hierbei, dass in der Gesamtbevölkerung die Spaßorientierung eine Spitzenstellung einnimmt. Konventionelle Pflichtorientierungen wie z. B. „Etwas für das Gemeinwohl tun“ oder „Anderen Menschen helfen“ haben insgesamt zwar eine etwas nachlassende Bedeutung, spielen aber dennoch nach wie vor eine tragende Rolle. Ein Vergleich der Altersgruppen nach den Bereichen des Engagements zeigt jedoch mit Blick auf die Jüngeren neben Gemeinsamkeiten auch einige Unterschiede, wobei neben dem Wertewandeleffekt auch lebenszyklische Faktoren eine Rolle spielen. So findet

achten für die „Kommission für Zukunftsfragen“ der Freistaaten Bayern und Sachsen, Bochum – München 1997, S. 43.
20 Helmut Klages, Engagement und Engagementpotenzial in Deutschland. Erkenntnisse der empirischen Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/98, S. 33.

21 Vgl. B. von Rosenblatt (Anm. 17), S. 113.

das freiwillige Engagement Jugendlicher entgegen landläufigen Auffassungen bislang nach wie vor sehr weitgehend in traditionellen Organisationsstrukturen statt²². Gleichzeitig liegen aber die Schwerpunkte jugendlicher Tätigkeit stärker im persönlichen Lebensumfeld und weniger dort, wo es im engeren und weiteren Sinn um soziales und politisches Engagement geht. So ist freiwilliges jugendliches Engagement besonders in den Bereichen Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit, im schulischen, kulturellen und kirchlichen Bereich sowie im Bereich der Rettungsdienste und der freiwilligen Feuerwehr anzutreffen²³. Insofern ist die These von der „Tendenz zur politischen Einmischungsverarmung“ unter Jugendlichen in einem engeren Sinne insgesamt zwar zutreffend, andererseits sind Gemeinschaftsaktivitäten der genannten Art in einem weiteren Sinne keineswegs als politikneutral zu bewerten. Sie beinhalten vielmehr neben sozialen auch wichtige vopolitische Sozialisierungseffekte, deren Wirkungen schon bei den 20- bis 24-Jährigen nachweisbar sind, bei denen aufgrund der größeren Nähe zur Erwachsenenwelt das politische Engagement gegenüber den 14- bis 19-Jährigen – auch in Form des klassischen Ehrenamtes – bereits deutlich stärker ausgeprägt ist.

Schließlich zeigen alle jüngeren einschlägigen Untersuchungen, dass hinsichtlich der Motivationsstrukturen den Jugendlichen zwar die Rolle von Trendsettern zukommt, die Unterschiede zur Erwachsenenwelt aber alles andere als dramatisch sind. Insgesamt muss man vielmehr von graduellen Unterschieden in der Akzentuierung sprechen, die zudem auch altersgemäß zu würdigen sind. Insgesamt betonen die Jüngeren stärker die personalen Faktoren, den Anspruch auf biographische und lebensweltliche Passung entsprechender Aktivitäten, die es mit dem eigenen Identitätskonzept abzustimmen gilt. Nach den Erkenntnissen des Freiwilligenurveys hegen sie im Vergleich zu den Älteren noch stärker als diese die „hedonistische“ Erwartung, dass die freiwillige Tätigkeit Spaß machen soll und man mit sympathischen Menschen zusammenkommt²⁴. Altruismus in Form des Helfens und des Dienstes am Gemeinwohl bildet zwar ebenfalls einen gewichtigen Motivgrund, er ist jedoch etwas geringer ausgeprägt als bei den Älteren. Generell ist die Vorstellung, dass entsprechende Aktivitäten sich möglichst mit der Verfolgung eigener Selbstverwirklichungsinteressen harmonisieren lassen, stärker als in der Erwachsenenwelt verbreitet. Dies gilt für den Wunsch nach verstärkter Eigeninitiative und Eigenverantwortung,

nach größeren Entscheidungsspielräumen und die Erwartung, für ihr Engagement nicht nur soziale Anerkennung zu erhalten, sondern daraus auch einen Nutzen für die Förderung der eigenen beruflichen Möglichkeiten zu ziehen. Von daher ist es auch nahe liegend, wie andere Untersuchungen bestätigen, dass ein lockerer organisatorischer Rahmen, häufig mit befristetem Projektcharakter, der Raum schafft für informelle soziale Kontakte, für Erlebnisorientierung und Gemeinschaftserfahrungen, den autozentrischen Bedürfnislagen jüngerer Menschen stärker entgegenkommt als große Organisationen mit ihren bürokratischen und hierarchischen Strukturen, in denen die hauptberuflich Professionellen den Ton angeben.

IV. Schlussfolgerungen für die politische Bildung

Was folgt aus den vorstehenden Erläuterungen für die politische Bildung?

Erstens: Der öffentliche Wertediskurs bedarf einer Korrektur durch die Rezeption der neueren Erkenntnisse der empirischen Sozial- und Jugendforschung. Dazu muss die Vermittlungslücke zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit durch entsprechende Informations- und Aufklärungsarbeit geschlossen werden. Die Institutionen der politischen Bildungsarbeit sollten das ihnen Mögliche hierzu beitragen, um neben den Risiken des Wertewandels verstärkt auch dessen produktive Chancen und Potenziale ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Benötigt wird ein breiter Konsens darüber, dass in einer ökonomisch hoch entwickelten, demokratisch und pluralistisch verfassten modernen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft der Wertewandel eine notwendige Anpassung der Sozialpsychologie an einen umfassenden Modernisierungsprozess darstellt. Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft hängt auch davon ab, ob es gelingt, auf allen sozialen Handlungsebenen adäquaten sozialisations- und bildungspolitischen Leitbildern wirksam zum Durchbruch zu verhelfen.

Zweitens: Vermittlungsbedarf besteht auch für die zweite Botschaft der empirischen Forschung, die der politischen Bildung eigentlich Flügel machen sollte: Bürgerschaftliches Engagement erfährt durch den Wertewandel über das Wachstum der Entfaltungsorientierungen und die Mobilisierung von Eigen-Sinn und Eigen-Sorge kräftige Unterstützung. Dieses Faktum erklärt nicht nur den hohen Anteil bereits Engagierter, es enthält auch die empirisch gesicherte Gewissheit, dass noch erhebliche Engagementpotenziale brachliegen, die

22 Vgl. S. Picot (Anm. 7), S. 143.

23 Vgl. ebd. S. 136 ff.

24 Vgl. ebd., S. 154 ff.

zum Nutzen einer humanen Wohlfahrtsgesellschaft aktiviert werden könnten. Diese Verheißung hat jedoch auch ihren Preis: Die gerade bei jüngeren Menschen reichlich vorhandene Bereitschaft lässt sich nur dann abrufen, wenn die Gelegenheitsstrukturen und Rahmenbedingungen mehr als bisher mit den gewandelten Motiv- und Interessenlagen, den lebensweltlichen Veränderungen und den hierauf aufbauenden Identitätskonzepten in Passung gebracht werden.

Drittens: Der in der öffentlichen Diskussion um das Ehrenamt häufig beklagte Rückgang pflichtethisch und altruistisch motivierter Selbstlosigkeit hängt mit dem Bedeutungsverlust sozialautoritärer Leitbilder und ihrer normativen Stützpfeiler zusammen. Wenn Verhalten früher überwiegend durch Außenimpulse gesteuert wurde, so liegt der Akzent heute stärker auf Selbst-, statt auf Fremddisziplin. Das pädagogische Ziel besteht dann folglich im Erlernen moralischer Selbststeuerung, im sozial verantworteten Umgang mit den in der heutigen Gesellschaft eminent gewachsenen Options- und Freiheitsspielräumen. Dass sich in diesem Kontext auch hedonistische Elemente kräftig bis üppig entwickeln konnten, ist ein unbestreitbares Faktum, das nicht zuletzt an der starken Präsenz des vorwiegend konsumtiv geprägten „Hedomats“ manifest wird. Dennoch muss man differenzieren. Die beim bürgerschaftlichen Engagement zu beobachtende stärkere Gewichtung einer Erlebnis- und Spaßkomponente darf nicht vorschnell mit krudem Hedonismus gleichgesetzt werden. Zwischen individueller Spaßorientierung und bürgerschaftlicher Leistung für die Gemeinschaft besteht kein prinzipieller Widerspruch, beides ist vielmehr kompatibel. Auch darf der Begriff Spaß semantisch nicht zu eng gesehen werden. Spaßorientierte Motive kommen auch im sozialen Miteinander und Füreinander zum Tragen, das Quelle von Freude, Unterhaltung, anregenden Kontakten, persönlichem Weiterkommen, befriedigender Sinnerfahrung und sozialer Anerkennung sein kann. Solche Erwartungen mögen auf den ersten Blick eigennützig erscheinen, doch kommen die damit verbundenen Leistungen stets nicht nur dem Individuum, sondern auch der Allgemeinheit und damit dem Gemeinwesen zugute. Im Sinne des wohlverstandenen Eigennutzens ergeben sich so zwischen Eigen- und Gemeinnützigkeit stets vielfältige Überlappungen und soziale Schnittstellen. Diese Feststellung gilt ohne Abstriche sowohl für das traditionelle Ehrenamt wie für die vielfältigen neuen Formen freiwilliger Selbstorganisation. Unterschiedliche Engagementformen dürfen deshalb in der politischen Bildungsarbeit auch nicht gegeneinander ausgespielt werden, vielmehr sollte zwischen der Wertigkeit der Motive und damit

auch der Förderungswürdigkeit kein Unterschied gemacht werden.

Viertens: Mentale Dispositionen für späteres bürgerschaftliches Engagement entstehen vor allem im Jugendalter. Wer bereits in dieser biografischen Frühphase ins ehrenamtliche oder freiwillige Engagement hineinwächst, gehört auch später mit einer sehr viel größeren Wahrscheinlichkeit zu den Engagierten²⁵. Die stark ausgeprägte Engagementbereitschaft junger Menschen bedarf deshalb schon in frühen Lebensjahren einer umfassenden Förderung. Vorbild, persönliche Ansprache, Integration in das soziale Umfeld, geeignete Gelegenheiten und Rahmenstrukturen wie auch Bildungsangebote stellen motivationsfördernde Faktoren dar. Um Engagementpotenzial aktivieren zu können, sind auch die Institutionen der politischen Bildung im weiten Feld von Schule und außerschulischer Jugendarbeit und -bildung gefordert. Entsprechende Bemühungen sollten jedoch *alle* sozialen Gruppierungen und Schichten erfassen, denn die Bürgergesellschaft darf nicht zum sozialen Privileg der breiten Mittelschicht werden. Ihre Qualität bemisst sich auch an ihrer Fähigkeit zur sozialen Integration, die durch die empirisch erhärtete Tatsache, dass das bürgerschaftliche Engagement bisher eine soziale Schlagsseite hat, Schaden nimmt. So sind z. B. junge Frauen deutlich weniger engagiert als ihre männlichen Altersgenossen, und dies zudem auch in den als typisch weiblich geltenden sozialen Aufgabenfeldern. Im freiwilligen Sektor, der eigentlich Optionsfreiheit und gleiche Mitgestaltungschancen eröffnen sollte, müssen geschlechtsspezifische Segmentierungen jedoch besonders paradox anmuten. Noch gravierender wirkt sich jedoch ein niedriger sozialer und formaler Bildungsstatus aus, da die damit zusammenhängenden biographischen Schwierigkeiten die Engagementbereitschaft deutlich reduzieren. Hier gemeinschaftsorientierte Zugänge anzubahnen oder Aktivitäten der Selbsthilfe und der Eigeninitiative anzustoßen, bedarf nicht zuletzt auch besonderer sozialpädagogischer und sozialpolitischer Unterstützung.

Fünftens: Nach den Erkenntnissen der Werteforschung gedeiht die oft beschworene Freiwilligenkultur am wirksamsten auf der Grundlage eines breit ausdifferenzierten individuellen Wertehaushalts, in dem die gewachsenen Entfaltungsorientierungen sich mit umweltoffenen und solidarischen Verhaltensdispositionen im Sinne eines kooperativen Individualismus integrativ verbinden. Der Typus des Aktiven Realisten kommt diesem Anforderungsprofil am nächsten, so dass er im Kontext der Bürgergesellschaft für die Arbeit der

²⁵ Vgl. S. Picot (Anm. 7), S. 199.

politischen Bildung eine Orientierungshilfe sein kann²⁶. Von seiner Persönlichkeitsstruktur her entspricht er am ehesten der allseits akzeptierten Ziel- und Wunschvorstellung des engagementbereiten, rational urteilenden und selbständig handelnden Citoyen. Um diesem Wunschtypus eine Chance zu eröffnen, bedarf es jedoch geeigneter Rahmenbedingungen, Arrangements und Lernanlässe. Eine wichtige Voraussetzung stellen entsprechende Erfahrungsfelder und Verantwortungsrollen dar, in denen bürgerschaftliche Qualifikationen praktisch eingeübt und erlernt werden können.

Diese Angebote müssen jedoch so beschaffen sein, dass sie auch im Rahmen systemisch vorgegebener Strukturen und pflichtrelevanter Aufgabenfelder von Schule oder Jugendverbandsarbeit den individuellen Erwartungen nach Selbstbezug und Selbstaktualisierung reelle Chancen bieten. Anders ausgedrückt: Junge Menschen lassen sich umso eher für bürgerschaftliches Engagement gewinnen, wenn sie über Freiräume verfügen für selbständiges und eigenverantwortliches Handeln, für das Einbringen eigener Fähigkeiten, Interessen und Problemlösungswünsche und wenn die ausgeübte Tätigkeit zugleich den Eindruck vermittelt, etwas bewegen zu können und gleichzeitig gemeinschaftlich Sinnvolles zu bewirken. In der Schule erfordert dies Flexibilisierung und kreativen Freiraum bei der Unterrichtsgestaltung, Stärkung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung im Schulleben wie auch erweiterte Mitgestaltungschancen im Rahmen der formalen Schulverfassung²⁷; darüber hinaus aber auch die kooperative Vernetzung mit dem schulischen Umfeld, dem Stadtteil oder der Kommune, also eine Öffnung der Schule in die gemeindlichen Aufgaben- und Tätigkeitsfelder hinein. Als Ansprechpartner für eine weiterführende Jugendarbeit kommen hier sowohl die traditionellen örtlichen Teilöffentlichkeiten wie Verein, Verband oder Kirchen in Frage, wie auch die vielfältig neuen Formen von Selbstorganisation und Selbsthilfe, die im lokalen Bereich zur Bewältigung sozialer, kultureller oder ökologischer Aufgaben beitragen.

In diesem bunten Erscheinungsbild ist Raum für ganz unterschiedliche gemeinwesenorientierte Verantwortungsrollen, sei es als Schülermentor, als kirchlicher oder verbändlicher Jugendgruppenleiter, als Mitglied eines Jugendforums oder Jugendgemeinderates, als Mitwirkender in einem Projekt

26 Vgl. Gerd Hepp, Wertsynthese – Eine Antwort der politischen Bildung auf den Wertwandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/89, S. 15–23; vgl. auch die Ausführungen von Helmut Klages in diesem Heft.

27 Vgl. hierzu die Beiträge in dem Sammelband von G. Hepp/H. Schneider (Anm. 12).

der Lokalen Agenda 21, als Mitverantwortlicher einer Patenschaft zur Pflege öffentlicher Anlagen und Einrichtungen oder als sozial engagierter Helfer in Projekten der Altenhilfe, der Betreuung von Behinderten oder Obdachlosen²⁸. Darüber hinausweisend sind jedoch auch die längerfristigen Jugendgemeinschaftsdienste wie das Freiwillige Soziale Jahr oder das Freiwillige Ökologische Jahr zu nennen, wobei diese Dienste inzwischen zunehmend auch in ein kräftig wachsendes europäisches Netzwerk eingebunden werden²⁹. Sie könnten ihre Attraktivität noch steigern, wenn es gelänge, flexible Organisationsmuster etwa in Form von studienbegleitenden Blockveranstaltungen oder in Teilzeitform zu entwickeln, die den veränderten individuellen Lebenssituationen entgegenkommen. Es ist die Ganzheit all dieser örtlich oder auch überregional sich vernetzenden Aktivitäten und Initiativen, die man treffend als „kreatives Chaos“³⁰ umschreiben kann, die den Kern der Bürgergesellschaft ausmachen.

Um bürgerschaftliche Kompetenzen in diesem weiten gemeinschaftlichen Umfeld zu wecken und zu stärken, von dem auch Brücken zur Politik im engeren Sinne führen, müssen junge Menschen durch flexible Angebote, die den gewandelten Interessenlagen, den Wünschen nach individueller Zeitsouveränität in Form zeitlich befristeter Projektarbeit entgegenkommen, frühzeitig angesprochen und motiviert werden. Politische Bildung kann diese Initiativen und deren Verknüpfungen nicht selbst herstellen, koordinieren oder gar organisieren, sie kann aber sehr wohl durch Öffentlichkeitsarbeit und entsprechende Bildungsangebote in den angesprochenen Feldern entsprechende Aktivitäten anregen, ermutigen und kritisch beratend begleiten³¹.

Internetverweise des Autors:

www. Adressen: www.ijf.2001.de

www.buergerengagement.de/home/home1.htm

28 Vgl. hierzu die konkreten Beispiele in der im Auftrag der Bertelsmann Stiftung veröffentlichten Projektdokumentation von Heidi Sinnig/Ansgar Wimmer (Hrsg.), Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland – ein Wegweiser, Band 2: Kurzportraits aus der ersten Wettbewerbsphase, Gütersloh 2000.

29 Vgl. hierzu die umfassende Bestandsaufnahme von Bernd Guggenberger (Hrsg.), Jugend erneuert Gemeinschaft. Freiwilligendienste in Deutschland und Europa. Eine Synopse, Baden-Baden 2000.

30 Ralph Dahrendorf, Bürgergesellschaft als Zukunft, in: Neue Zürcher Zeitung vom 23. Januar 2001, S. 4.

31 Die Diskussion um eine Wiederbelebung von bürgerschaftlicher Verantwortung und Gemeinsinn erhält ihre kräftigsten Impulse seit geraumer Zeit aus dem amerikanischen Kommunitarismus. Vgl. hierzu die gründliche und umfassende Würdigung von Anton Hauler/Stephanie Schick/Hartmut Wasser, Kommunitarismus und politische Bildung, Hamburg 2001.